

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 32/39
Telex: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0664



Inhalt

44. Jahrgang / 24

2. Februar 1989

Margitta Terborg MdB zum deutsch-polnischen Verhältnis: Nicht mit leeren Händen nach Warschau reisen.
Seite 1

Dr. Wilfried Penner MdB zur Frage der Gemeinnützigkeit: 250.000 Vereine wirken für die Bürger.
Seite 2

Dokumentation:

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 31. Januar einstimmig eine Empfehlung an das Ministerkomitee angenommen, den Madrider Aufruf zu verwirklichen, der zum Abschluß der Nord-Süd-Kampagne des Europa-Rates gebilligt worden war. Dazu die Rede von Prof. Dr. Uwe Holtz MdB. Wortlaut

Seite 3

Nicht mit leeren Händen nach Warschau

Der Dialog sollte weit über den 1. September hinausgehen

Von Margitta Terborg MdB
Mitglied des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion
Stellvertretende Vorsitzende der Deutsch-Polnischen Gesellschaft

Jetzt sind es nur noch 211 Tage bis zum 1. September 1989, dem Tag, an dem vor 50 Jahren die Hitler-Armee Polen überfiel. Der Deutsche Bundestag hat sich in einer Debatte bereits darüber Gedanken gemacht, wie diesem Anlaß würdig zu gedenken wäre.

Die Volksrepublik Polen hat bereits ein Konzept. Der Präsident des Sejm - des Polnischen Parlaments - wird zum 1. September zu einem Treffen jüngerer Parlamentarier der kriegsführenden Staaten nach Warschau einladen. Eine solche Konferenz kann nur Sinn machen, wenn sie aus den Lehren der Geschichte Perspektiven in die Zukunft eröffnet.

Ich denke, die deutschen Parlamentarier, die auch geladen werden, sollten nicht mit leeren Händen nach Warschau gehen. Vernünftig wäre es, ein polnisch-deutsches Jugendwerk anzubieten. Vernünftig wäre es, die wissenschaftlich-historische Aufarbeitung der Geschichte von polnischen und deutschen Wissenschaftlern gemeinsam anfertigen zu lassen (und dabei die DDR-Forscher nicht zu vergessen). Vernünftig wäre es, anzuregen, daß die Polen und die Deutschen ihre vielfältigen Formen der Begegnungen ausbauen, fördern und so zu einem unverkrampften Dialog, der weit über den 1. September 1989 hinausreicht, beitragen.

Wenn uns die Einladung aus Polen erreicht - und sie wird die jungen Parlamentarier erreichen -, sollten sie geschäftsfähig sein. Große Reden über Frieden und Völkerverfreundschaft sind nicht angesagt an diesem Tag. Praktische Vorschläge, wie der Frieden in den Köpfen und Herzen der Menschen verwirklicht werden kann, sind notwendig. Unsere Aufgabe wird es sein, das europäische Haus, in dem die Völker Europas leben wollen, zu möblieren und Beiträge zur Hausordnung zu leisten. Diese allerdings werden von beiden deutschen Staaten erwartet. (-/2.2.1989/vs-he/rs)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Vervielfältigt Übereinstimmend
mit wertvoller Reproduktion
Recycling-Papier



250.000 Vereine wirken für die Bürger

Ein Plädoyer für die Gemeinnützigkeit

Von Dr. Willfried Penner MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Arbeitskreises Inneres, Bildung und Sportpolitik der SPD-Fraktion

Mehr als 250.000 Vereine gibt es in der Bundesrepublik Deutschland. Vom Spielmann und Musikzug Rot-Weiß Köln-Zollstock bis zum Postsportverein Nürnberg, dem größten der rund 65.000 Sportvereine. Das deutsche Vereinswesen, anerkannt oder auch überheblich belächelt, ist für eine bürgernahe Gesellschaftspolitik von größter Bedeutung.

In kaum einem anderen Bereich unseres gesellschaftlichen Lebens findet sich soviel Bürger-Engagement, Ideenreichtum, Eigeninitiative, soziale Verantwortung und praktizierte Demokratie wie im deutschen Vereinswesen. Deshalb ist Förderung statt Geringschätzung, Mitgliedschaft statt Distanz gefragt. Ganz besonders auch für die Sozialdemokraten.

Im täglichen Miteinander, aus der örtlichen Nähe und dem Wissen um Wünsche, Traditionen und Zielsetzungen der Bürgergemeinschaften kennen die Vereine meistens sehr viel besser, was wichtig und wertvoll für das Leben in den Städten und Gemeinden ist. Scheinbar kluge Wegweisungen „von oben“ entpuppen sich allzuoft als abstrakte, wirklichkeitsfremde Strategien. Das deutsche Vereinswesen ist auch im High-tech-Zeitalter ein unverzichtbarer Träger der Bürgerkultur. Wer diese Tatsachen nicht ignoriert, muß für eine Stärkung der ehrenamtlichen Tätigkeit in den Vereinen, Jugendgruppen, in der Kultur oder im Sozialwesen eintreten. Auch durch die Möglichkeit der Steuerpolitik.

Die SPD hat deshalb in den zurückliegenden Jahren praxisnahe Konzepte entwickelt und Anträge für „Steuererleichterungen für die gemeinnützigen Sportvereine und andere gemeinnützigen Vereine“ im Deutschen Bundestag und in den Landtagen eingebracht. Dazu gehört aber die Ablehnung der negativen und wirklichkeitsfremden Sporttheorie, die die von der Bundesregierung eingesetzte „Kommission zur Überprüfung des Gemeinnützigkeitsrechts“ produziert hat.

Der nun von der Bundesregierung vorgelegte steuerpolitische Referenten-Entwurf für ein „Vereinsförderungsgesetz“ entspricht in wesentlichen Teilen den Zielsetzungen der SPD. So die generelle Zuerkennung der Gemeinnützigkeit für Vereine, die für das Gemeinwohl tätig sind.

Im Interesse der über 250.000 Vereine in der Bundesrepublik Deutschland ist ein möglichst breiter Konsens bei den Beratungen im Deutschen Bundestag wünschenswert. Deshalb ist eine Verbesserung des Referenten-Entwurfes, der gegenwärtig den Organisationen zur Stellungnahme vorliegt, erforderlich.

Für die SPD ist unverzichtbar, daß die steuerfreie Jugend- und Übungsleiterpauschale von gegenwärtig 2.400 auf 3.600 DM jährlich erhöht wird.

Die FDP hat durch ihren Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Mischnick anläßlich des Kongresses „Sport 2000“ im November 1987 in Berlin diese Notwendigkeit bekräftigt.

Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Dr. Häfele (CDU), hat dies für die Bundesregierung ausdrücklich abgelehnt.

Der Sport kann nicht damit leben, daß die parlamentarische Zustimmung zur Erhöhung der seit zehn Jahren unverändert gebliebenen Jugend- und Übungsleiterpauschale weiter ausbleibt. Der organisierte Sport weiß sehr wohl zwischen Beteuerungen und Taten zu unterscheiden.

Auch der bei diesem für die Vereine zentralen Thema seit einiger Zeit seltsam verhaltene Deutsche Sportbund müßte dies wissen können.

(-/2.2.1989/va-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Uwe Holtz: Die Ursachen der Nord-Süd-Kluft aufheben

Die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat am 31. Januar einstimmig eine Empfehlung an das Ministerkomitee angenommen, den Madrider Aufruf zu verwirklichen, der zum Abschluß der Nord-Süd-Kampagne des Europa-Rates gebilligt worden war. Der SPD-Politiker Professor Dr. Uwe Holtz MdB machte vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates dazu folgende Ausführungen.

Bedeutsam an der Kampagne, die, vom Europarat getragen, in Zusammenarbeit mit der EG und den Nichtregierungsorganisationen, durchgeführt wurde, war der der Kampagne zugrundeliegende Ansatz, nämlich über den bloßen Hilfs- und Mitleidsaspekt hinauszugehen und statt dessen auf die Ursachen für die Nord-Süd-Kluft abzuheben. So kamen einerseits die strukturellen Benachteiligungen der Entwicklungsländer etwa auf dem Handels- und Landwirtschaftssektor ins Blickfeld, so wurde der ökologische Neokolonialismus diskutiert, aber ebenso wurde auch über das Versagen korrupter diktatorischer Eliten in der Dritten Welt gesprochen.

Die Nord-Süd-Kampagne hat zu zwei wichtigen Erkenntnissen geführt. Die gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen Nord und Süd nehmen zu. Dabei befindet sich der Süden allerdings meist in einer schwächeren Position. Dennoch wurde auf den mehr als 1.500 Kampagneveranstaltungen auf europäischer und nationaler Ebene deutlich, daß wir ein neues Leitbild für Entwicklung, auch für unsere eigene Entwicklung, brauchen, nämlich das Leitbild des sustainable development, wie es im Brundtland-Bericht heißt, also einer auf Dauer tragfähigen sozial und ökologisch verträglichen Entwicklung.

Aus dieser Sicht folgt die zweite Erkenntnis: Die wachsende Interdependenz verlangt nicht nur eine neue Ethik, sondern auch eine neue Südpolitik; den Nord-Süd-Beziehungen muß ein neues Gesicht gegeben werden. Zentrale Ziele und Vorschläge für dieses neue Handeln finden sich in dem Madrider Appell vom 3. Juni 1988.

Einige der insgesamt 38 Handlungsvorschläge dieses Appells, die an die verschiedensten Adressaten gerichtet sind, seien kurz in Erinnerung gerufen. So wird an die Europarats-Mitgliedstaaten appelliert,

- das traditionelle Eintreten des Europarates für Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit auch auf die Völker der Dritten Welt auszuweiten;
- eng mit den anderen OECD-Ländern im Rahmen der laufenden Uruguay-Runde der GATT-Verhandlungen zusammenzuarbeiten zugunsten einer besser abgestimmten Landwirtschaftspolitik, insbesondere zur Vermeidung des Dumpings von Überschüssen auf den Märkten der Dritten Welt.
- sich für eine ständige Zusammenarbeit und für einen Dialog mit den Regierungen der Dritten Welt hinsichtlich der Verwirklichung und Einhaltung der ILO-Konventionen und der bürgerlichen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte sowie der Förderung der Demokratie einzusetzen oder, letztlich
- zur Verbesserung der öffentlichen Entwicklungshilfe für die Dritte Welt in quantitativer und qualitativer Hinsicht beizutragen und, sofern dies noch nicht geschehen ist, sich öffentlich zu verpflichten, innerhalb eines selbstgesetzten Zeitraumes das Ziel der Vereinten Nationen in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttozusatzprodukts zu erreichen.

Darüber hinaus gibt es noch eine Reihe nach vorne weisender Vorschläge, die für einen differenzier-ten Approach gegenüber der Dritten Welt nützlich sind. So wird es gegenüber Lateinamerika vor allem darauf ankommen, den Schuldenberg mit abtragen zu helfen. Ein interessanter Vorschlag des Appells lautet deshalb, Schulden für Naturschutzprogramme zu tauschen, debt for nature swaps zu realisieren.

Den armen Ländern Afrikas müssen zusätzliche Ressourcen für eine selbständige Entwicklung und die Entfaltung der Produktivkräfte der Armen und insbesondere für frauenrelevante Projekte zur Verfügung gestellt werden. In vielen Ländern Asiens stellt sich besonders scharf das Problem der Überbevölkerung. Aber im übrigen sind dort - etwa in Südostasien - die Bedingungen für eine privatwirtschaftliche Zusammenarbeit eher gegeben.

In unserem Bericht und in der von unserem Ausschuß unterbreiteten Empfehlung geht es also in erster Linie um die Umsetzung des Madrider Appells in konkretes Handeln. Hier werden keine neuen Vorschläge gemacht. Erlauben Sie mir bitte, für mein Land zu sagen: Ich freue mich, daß die Nord-Süd-Kampagne in der Bundesrepublik den Anstoß für drei wichtige Dinge gegeben hat.

- a) Es haben sich rund 50 lokale Nord-Süd-Foren gebildet, die ihre Arbeit fortsetzen werden.
- b) Es hat eine Mainzer Erklärung für die kommunale und regionale Entwicklungszusammenarbeit gegeben, die ein besonderes Gewicht auf die Informations- und Bildungszusammenarbeit legt.
- c) Die Ministerpräsidenten der Länder der Bundesrepublik Deutschland haben einen neuen Beschluß zur Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer gefaßt.

Aber noch wichtiger ist, was die Bundesregierung, was die einzelnen Regierungen der Europaratsstaaten tun, um die Vorschläge des Madrider Appells zu verwirklichen. Deshalb empfiehlt die Parlamentarische Versammlung gemäß der vorliegenden Entscheidungsgrundlage - wenn sie denn angenommen wird - dem Ministerkomitee, die Regierungen der Mitgliedstaaten des Europarats aufzufordern, den Madrider Appell umzusetzen, ihre Aktivitäten und Programme zugunsten des Südens besser zu koordinieren, Entwicklungserziehung zu fördern und dafür geeigneten Institutionen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Außerdem soll der Vorschlag des portugiesischen Premierministers unterstützt werden, ein europäisches Zentrum für Interdependenz und Solidarität zu gründen. Dieses Zentrum - darüber waren wir uns während harter Diskussionen im Ausschuß einig - sollte aber nur dann gegründet werden, wenn es wirklich neue Aufgaben übernimmt, die nicht von bestehenden Institutionen wahrgenommen werden können, wenn Doppelarbeiten vermieden werden und wenn keine neuen Bürokratien aufgebaut werden. Das neue Zentrum soll den während der Kampagne in der Regel erfolgreichen Kooperationsprozeß und Quadrilog zwischen Parlamentariern, Regierungen, Nichtregierungsorganisationen sowie den lokalen und regionalen Behörden fördern, die Zusammenarbeit und Kontakte zwischen Nichtregierungsorganisationen aus Nord und Süd nach vorne treiben, die Entwicklungserziehung verbessern helfen und als Zentralstelle für das follow up der Kampagne dienen.

Natürlich ergeht auch an uns, die Abgeordneten, die Aufforderung, in unseren nationalen Parlamenten unter Berücksichtigung des Madrider Appells Debatten zu den Themen der Nord-Süd-Interdependenz und -Solidarität abzuhalten und auch dementsprechende Initiativen zu ergreifen. Außerdem sollen Abgeordnete aus den OECD-Staaten einschließlich des Europäischen Parlaments ihre Aufmerksamkeit stärker auf die vom Internationalen Währungsfonds und der Weltbank gegenüber der Dritten Welt verfolgten Politik lenken. Das könnte im Rahmen unserer jährlichen OECD-Debatte hier in Straßburg geschehen.

(-/2.2.1989/vo-he/rs)

* * *